Standpunkte

DINA WYLER

Die Schweiz - eine Insel?



Es sind Bilder, die unter die Haut gehen. In mehreren deutschen Städten skandieren Protestierende auf offener Strasse antisemitische Lieder, rufen «Scheiss Jude» und zünden israelische Flaggen vor Synagogen an. Doch so verstörend diese Bilder sind, sie

sind keine Ausnahme. Nach dem Ausbruch neuer Gewalt zwischen Israel und der radikalislamischen Hamas im Gazastreifen gingen überall in Europa Tausende auf die Strasse, um gegen Israels Vorgehen zu protestieren. In Wien musste die Polizei bei einer Pro-Israel-Kundgebung einschreiten, aufgrund der «hohen Gewaltbereitschaft» einiger Gegendemonstranten. In London wurden vier Demonstranten verhaftet, nachdem sie in Autokolonnen durch ein jüdisches Viertel fuhren und antisemitische Parolen riefen. Und in Frankreich sind Ermittlungen im Gange, nachdem Protestierende ein Schild mit israelischer Flagge und einem Hakenkreuz gezeigt haben.

Diese Bilder in Kombination mit dem Aufruf zu Demonstrationen in mehreren Schweizer Städten versetzten die jüdische Gemeinde in Basel in Alarmbereitschaft. Sie rief ihre Mitglieder dazu auf die Innenstadt aufgrund einer Pro-Palästina-Demonstration grossflächig zu meiden. Es kam zu einer Kontrolle verdächtiger Personen vor der Synagoge, die sich als unbegründet herausstellte.

Das Fazit nach vier Demonstrationen in Zürich, Basel und Lausanne: Szenen wie in Deutschland und Frankreich blieben aus. Und auch unter den unzähligen Zeitungsartikeln, die stündlich über die neuesten Entwicklungen im Nahen Osten berichteten, blieb die Anzahl antisemitischer Kommentare überschaubar. Letzteres lässt sich damit erklären, dass viele Redaktionen unterdessen Mitarbeiter einsetzen, welche die Foren aktiv moderieren und hetzerische Kommentare nicht freischalten oder nach einer Meldung sofort löschen. Präventiv wird die Kommentarfunktion unter be-

«Es wird deutlich, wie sehr der Meinungsbildungsprozess junger Menschen immer mehr über soziale Plattformen abläuft, und nicht mehr über etablierte Medien.»

stimmten Artikeln gar nicht erst freigeschaltet.

Die letzten Tage haben also gezeigt: die Situation in der Schweiz ist nicht mit jener in Deutschland oder Frankreich vergleichbar. Das ist die gute Nachricht. Doch auch wenn es zu keinen wüsten Ausschreitungen kam - Antisemitismus unter dem Deckmantel der Israel-Kritik macht nicht vor der Schweizer Grenze Halt. Denn judenfeindliche Parolen auf der Strasse sind nur die Spitze des Eisbergs. Die vorhergehende Radikalisierung findet woanders statt – nämlich im Inter-

net. Knapp 50 Prozent befragter Jüdinnen und Juden in der Schweiz haben bereits Antisemitismus online beobachtet, wie eine aktuelle Studie der ZHAW zeigt. Doch nicht nur sie, sondern auch Menschen, die sich öffentlich gegen Antisemitismus aussprechen, werden zur Zielscheibe des Hasses. Nachdem ein SVP-Grossrat Anfang Woche auf Twitter zu einer Null-Toleranz-Politik gegenüber antisemitischen Parolen an Pro-Palästina-Demonstrationen aufrief, wurde er mit judenfeindlichen Beschimpfungen überflutet.

Neben den klassischen Social-Media-Kanälen wie Facebook und Twitter werden zunehmend auch andere Plattformen wie Instagram und Tiktok für politische Stimmungsmache gegen Minderheiten missbraucht. Diese Entwicklung verdeutlicht, wie sehr der Meinungsbildungsprozess junger Menschen immer mehr über soziale Plattformen abläuft, und nicht mehr über etablierte Medien. Die Schulung und Sensibilisierung junger Menschen für die Themen Hate Speech und Fake News muss daher zwingend eine zentrale Komponente der digitalen Bildung an Schulen sein.

Der Basler FDP-Grossrat Luca Urgese reichte unterdessen eine Interpellation ein, in welcher er die Regierung auffordert, klare Grenzen zu definieren, wo die legitime Kritik am Staat Israel in Antisemitismus überschwappt. Die Antisemitismus-Arbeitsdefinition der IHRA liefert dazu nützliche Leitlinien. Für heute Freitag ist eine weitere Solidaritätskundgebung auf dem Barfüsserplatz geplant. Es wird sich zeigen, wo die Demonstranten diese Linie ziehen.

Dina Wyler ist Geschäftsführerin der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus.